

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/029(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Montag, 13.02.2006	Otto-von-Guericke- Saal	16:00Uhr	18:15Uhr

Die in der 28.(IV) Sitzung des Stadtrates bestätigte Tagesordnung wird fortgesetzt.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

- 8 Beschlussfassung durch den Stadtrat – Anträge
- 8.9 Schnelle Lösung für das Siemens-Gymnasium A0009/06
Interfraktionell
- 8.10 Werner-von Siemens-Gymnasium - Lösung schneller finden A0015/06
Regina Frömert
Fraktion Die Linkspartei.PDS
- 8.11 Abiturjahrgänge 2007 A0011/06
FDP - Fraktion
- 8.12 Bilanz nach Übertragung der Kitas an freie Träger A0012/06
FDP - Fraktion

8.13	Sperrmüllversteigerung im Internet FDP - Fraktion	A0013/06
8.14	Elbebadestelle Interfraktionell	A0014/06
8.15	Einsicht in Unterlagen zum Vorgang "Verpachtung der Bördelandhalle" Fraktion Die Linkspartei.PDS	A0016/06
8.16	Bautätigkeit während der Ausstellung "Heiliges Römisches Reich" SPD - Fraktion	A0227/05
8.17	Öffnungszeiten des Museums während der Europaratsausstellung SPD - Fraktion	A0005/06
8.18	Aufstellung der "Kurfürsten" des Magdeburger Reiters im Museum SPD - Fraktion	A0226/05
8.19	Internet-Telefonie SPD - Fraktion	A0233/05
8.20	Heinz-Krügel-Platz Fraktion future! - die jugendpartei	A0017/06
8.21	Kennzeichnung des Rauchverbots in den Rathaus-Toiletten Fraktion future! - die jugendpartei	A0018/06
8.22	Änderungen der Haltestellenbezeichnungen - I0359/05 Fraktion future! - die jugendpartei i.V. mit TOP 9.2. - I0359/05	A0021/06
8.23	Anwendung des Virtuellen Stadtmodells Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0022/06
8.24	Ergebnisorientierte Ausrichtung der kommunalen Wirtschaftsförderung in der Landeshauptstadt MD Fraktion Die Linkspartei.PDS	A0024/06

8.24.1	Ergebnisorientierte Ausrichtung der kommunalen Wirtschaftsförderung in der Landeshauptstadt MD FDP - Fraktion	A0024/06/1
8.25	Rathausführungen CDU - Fraktion	A0025/06
8.26	Kinderkulturfestival Karin Meinecke Fraktion Die Linkspartei.PDS	A0026/06
8.27	Überdachung "Tastmodell" Magdeburger Innenstadt Kulturausschuss	A0238/05
8.28	Prävention gegen Kindsmisshandlung Interfraktionell	A0023/06
8.29	Änderung der Geschäftsordnung Interfraktionell	A0027/06
8.30	Friedhofsordnung des Westfriedhofes Interfraktionell	A0029/06
8.30.1	Friedhofsordnung des Westfriedhofes Interfraktionell	A0029/06/1
8.31	Jerichower Platz Kulturausschuss	A0031/06
9	Informationsvorlagen	
9.1	Einführung des Ortschaftsrechts für Magdeburger Stadtteile, Interfraktioneller Antrag A 0192/05; Tagesordnungspunkt 8.18 der Stadtratssitzung vom 03.11.2005;	I0356/05
9.2	Prüfung der Haltestellenbezeichnungen	I0359/05
9.3	Dokumentation "Lokales Bündnis für Familie"	I0375/05

9.4	Magdeburg 2006 - Jahr der Wissenschaft	I0016/06
9.5	Ersatzspielstätte Jerichower Platz - Nachnutzung	I0021/06
9.6	Vorlage einer Übersicht über den Zustand aller 24 Dienstwohnungen Änderungsantrag DS0464/05/21 - Haushaltsplan 2006 (Haushaltssatzung 2006, Finanzplan bis 2009, Stellenplan 2006)	I0009/06
9.7	Verlauf und wesentliche Ergebnisse der Einwohnerversammlung in Neue Neusatdt am 09.11.2005	I0025/06
9.8	Konzept "EinBlick ins Rathaus"	I0032/06
	Nichtöffentliche Sitzung	
10	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
10.1	Nachverhandlungen Intendantenvertrag Interfraktionell	A0157/05
10.1.1	Nachverhandlungen Intendantenvertrag Verwaltungsausschuss	A0157/05/1
10.1.2	Nachverhandlungen Intendantenvertrag	S0301/05
11	Informationsvorlagen	
11.1	Manfred Meinz und Jutta Schoeller-Meinz Stiftung	I0367/05

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge eröffnet die 29(IV)Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	36	“	“
maximal anwesend	46	“	“
entschuldig	11	“	“

8. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

8.9. Schnelle Lösung für das Siemens-Gymnasium A0009/06

Die TOP 8.9 und 8.10 werden im Zusammenhang behandelt.

Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS, bringt den Antrag A0015/06 umfassend ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bringt den Antrag A0009/06 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist darauf, dass seitens der Verwaltung bereits an der Umsetzung der Prüfaufträge gearbeitet wird und kündigt eine schriftliche Information zum Sachstand an. Insbesondere legt er dar, dass eine vorzeitige Umsetzung der Sanierungsmaßnahme eine genehmigungspflichtige Erhöhung des Kreditrahmens bedeuten würde, für die die Unabweisbarkeit der Maßnahme begründet werden muss. Er sieht keine Möglichkeit, auf Grund der städtischen Haushaltslage hier eine große Beschleunigung zu erreichen.

Er spricht sich für eine heutige Beschlussfassung aus, damit auf der Grundlage der zu erarbeitenden Stellungnahme der Verwaltung in der März- bzw. April-Sitzung des Stadtrates eine Beschlussfassung herbeigeführt werden kann.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 889-29(IVI)06

Das zukünftig für das Werner-von-Siemens-Gymnasium vorgesehene Schulobjekt in der Stendaler Straße wird aus dem Paket der Standorte, die über das PPP-Modell mittelfristig saniert werden sollen, herausgelöst, sobald eine andere Finanzierungsmöglichkeit für die Sanierung des Objektes gefunden worden ist.

Die Sanierung wird für das Jahr 2007 festgesetzt, wenn eine Möglichkeit zur Finanzierung der Maßnahme gegeben ist.

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, wie eine Einordnung in die Prioritätenliste oder alternativ auch eine Sanierung analog einer solchen für die Speicher im Handelshafen (DS zur Schaffung einer Denkfabrik) im Rahmen der Entwicklungsmaßnahme Rothensee - Zone IV erfolgen könnte.

8.10. Werner-von Siemens-Gymnasium - Lösung schneller finden A0015/06

Siehe auch TOP 8.9.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 890-29(IV)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich weitere Möglichkeiten zu prüfen und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzuschlagen, mit der die Umverlagerung des Werner-von-Siemens-Gymnasiums in das Schulgebäude an der Stendaler Straße schneller als mit dem beabsichtigten PPP-Modell erfolgen kann.

Die Varianten sollen spätestens im Juni 2006 im Stadtrat beraten werden.

Chancen für die Erstellung der HU Bau noch 2006 und Aufnahme in die Investitionsprioritätenliste 2007 ff. sind zu prüfen.

8.11. Abiturjahrgänge 2007 A0011/06

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion bringt den Antrag A0011/06.

Stadtrat Müller, Fraktion die Linkspartei.PDS, unterstützt den Antrag A0011/06 und bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages in den Ausschuss BSS – ein.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr unterstützt den Überweisungsantrag und erweitert den Antrag um den Ausschuss RWB.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal argumentiert gegen eine Überweisung und begründet dies insbesondere mit einem hiermit verbundenen Zeitverzug.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, spricht sich für eine heutige Beschlussfassung aus.

Stadtrat Zentgraf, Fraktion Die Linkspartei.PDS, unterstützt den Überweisungsantrag.

Der erweiterte GO-Antrag des Stadtrates Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, - Überweisung des Antrages A0011/06 in die Ausschüsse BSS und RWB --wird bei 1 Enthaltung und vielen Ja-Stimmen mehrheitlich **abgelehnt**.

Der Stadtrat beschließt bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 891-29(IV)06

1. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, mit den in städtischer Zuständigkeit bzw. kommunaler Verantwortung stehenden Gremien wie beispielsweise den kommunalen Spitzenverbänden, der IHK, der HWK, bekannten Ausbildungsträgern, der Agentur für Arbeit, der Jobcenter ARGE Magdeburg, den Gymnasien u. a. Gespräche zu führen und Maßnahmen zu entwickeln, um mehr und hochwertige Ausbildungsangebote unterbreiten zu können, wenn 2007 zwei Abiturjahrgänge die Schulen verlassen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Kontakt mit der Landesregierung aufzunehmen mit dem Ziel, auf die landesweite Problematik aufmerksam zu machen und geeignete Maßnahmen abzustimmen, die verhindern, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die kein Studium antreten, wegen überproportional fehlender Ausbildungsplätze überproportional abwandern bzw. in die Arbeitslosigkeit fallen.

8.12. Bilanz nach Übertragung der Kitas an freie Träger

A0012/06

Der Antrag A0012/06 wird von Stadträtin Paquè, FDP-Fraktion, im Ergebnis eines Gespräches mit der Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses Stadträtin Wübbenhorst **zurückgezogen**.

8.13. Sperrmüllversteigerung im Internet

A0013/06

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0013/06 und den GO-Antrag – Überweisung in den Ausschuss RWB sowie BA SAB – ein.

Die Stadträte Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und Stage, Fraktion future! - die jugendpartei, sprechen sich gegen den Überweisungsantrag und für eine Ablehnung des Antrages A0013/06 aus.

Der GO-Antrag des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion, - Überweisung des Antrages A0013/06 in den Ausschuss RWB und den BA SAB – wird bei einigen Enthaltungen und einigen Ja-Stimmen mehrheitlich **abgelehnt**.

Im Anschluss macht Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, nochmals ergänzende Ausführungen zur Begründung des Antrages A0013/06.

Der Stadtrat beschließt bei einigen Enthaltungen und einigen Ja-Stimmen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 892-29(IV)06

Der Antrag A0013/06 der FDP-Fraktion

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt prüfen zu lassen, ob –ähnlich wie in Bocholt – Sperrmüll durch eine Fremdfirma im Internet versteigert werden kann (siehe www.wdr.de/themen/panorama/14/bocholt_sperrmuell/index.jhtml -). Prämisse ist, dass für die Stadt keine zusätzlichen Kosten, sondern Einsparungen z.B. durch Reduzierung der Entsorgungskosten, entstehen.

wird **abgelehnt**.

8.14. Elbebadestelle

A0014/06

Der Vorsitzende der Fraktion BfM/Tierschutz Stadtrat Dr. Kutschmann bringt den Antrag A0014/06 ein.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr begründet umfassend die Ablehnung des Antrages A0014/06.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0014/06 in die Ausschüsse UWE und KRB – ein.

Der GO-Antrag des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wird bei vielen Ja-Stimmen mehrheitlich **abgelehnt**.

Der Stadtrat beschließt bei vielen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 893-29(IV)06

Der Antrag A0014/06 - Interfraktionell

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- das Badeverbot zwischen dem „Cracauer Wasserfall“ bis zum „Großen Werder“ aufzuheben,
- eine geeignete Stelle in diesem Bereich zur Nutzung als Elbebadestelle vorzuschlagen,
- die Betreibung einer Badestelle an der Elbe öffentlich auszuschreiben sowie
- die Genehmigung des Wasserstraßenamtes dafür einzuholen.

Bei der Ausschreibung soll bereits darauf hingewiesen werden, dass das Baden an einer solchen Stelle grundsätzlich auf eigene Gefahr geschieht. Dies ist durch eine entsprechende Beschilderung kenntlich zu machen ist.

wird **abgelehnt**.

8.15. Einsicht in Unterlagen zum Vorgang "Verpachtung der Bördelandhalle"

A0016/06

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning bringt den Antrag A0016/06 umfassend ein.

Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion geht der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper klarstellend auf die Verfahrensweise bzgl. Akteneinsicht und den Umgang mit Stellungnahmen der Verwaltung ein und verweist auf seine Verantwortung für die Meinungsbildung der Verwaltung.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge verweist ausdrücklich darauf, dass bei einer Beschlussfassung zum Antrag A0016/06 der gesamte Stadtrat gem. § 44 GO LSA Akteneinsicht beantragt. Dieses Recht steht jedoch auch jeder einzelnen Fraktion zu.

Bezugnehmend auf Abs. 5 des § 44 GO LSA geht der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning hier auf einzelne Punkte ein und bezeichnet eine Gewährung der Akteneinsicht bzw. Einsichtnahme in die Stellungnahmen der Verwaltung als wichtig für die Entscheidungsfindung. Er informiert, dass auch im Ausschuss FG die Forderung bzgl. der Stellungnahmen der Verwaltung gestellt wurde.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt zu den Ausführungen des Stadtrates Brüning Stellung und verweist nochmals darauf, dass eine Akteneinsicht in die Unterlagen zum Projekt nicht verwehrt wird und jederzeit möglich ist.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal unterstützt die Auffassung des Oberbürgermeisters und spricht sich für eine Ablehnung des Antrages A0016/06 aus. Er gibt die Empfehlung, die Akteneinsicht stellvertretend für den Stadtrat durch den Vorsitzenden des Stadtrates vorzunehmen.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, begründet umfassend eine Ablehnung des Antrages A0016/06.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr unterstützt ebenfalls die Auffassung des Oberbürgermeisters und gibt die Empfehlung, den Antrag A0016/06 zurückzuziehen.

Stadtrat Bromberg macht als Vorsitzender des Ausschusses FG klarstellende Ausführungen hinsichtlich der Forderung zur Akteneinsicht im Ausschuss.

Im Ergebnis der umfänglichen Diskussion und der Ausführungen des Oberbürgermeisters wird durch den Vorsitzenden der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning der Antrag A0016/06 **zurückgezogen**.

Abschließend werden durch den Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper in Beantwortung der Nachfrage von Stadtrat Seifert, CDU-Fraktion, Ausführungen zum aktuellen Sachstand bzgl. der Bördelandhalle gemacht.

8.16.	Bautätigkeit während der Ausstellung "Heiliges Römisches Reich"	A0227/05
-------	---	----------

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtr Löhr bringt den Antrag A0227/05 ein.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

8.19. Internet-Telefonie

A0233/05

Stadtrat Danicke, SPD-Fraktion, bringt den Antrag A0233/05 ein.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 896-29(IVI)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob durch die Einführung von Voice over IP (Internet-Telefonie) in der Stadtverwaltung mittelfristig Kosten gespart werden können. In diesem Zusammenhang ist auch die Möglichkeit der Einbindung vorhandener Hard- und Software zu prüfen.

8.20. Heinz-Krügel-Platz

A0017/06

Der Vorsitzende der Fraktion future! - die jugendpartei Stadtrat Stage bringt den Antrag A0017/06 ein.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, verweist auf den Beschluss des Stadtrates, Namensbenennungen lebender Personen nicht vorzunehmen. Er bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0017/06 in den Ausschuss KRB – ein.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, schließt sich dem Hinweis des Stadtrates Schwenke an und empfiehlt die Zurückziehung des Antrages. Erfolgt keine Zurückziehung, spricht er sich für den Überweisungsantrag aus.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr spricht sich gegen eine Überweisung aus und empfiehlt eine Ablehnung des Antrages.

Seitens des Vorsitzenden der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning erfolgt die Zustimmung zum Überweisungsantrag. Insbesondere verweist er auf eine mögliche Schädigung des Ansehens der vorgeschlagenen Person.

Der Vorsitzende der Fraktion future! - die jugendpartei Stadtrat Stage nimmt zu den in der Diskussion vorgebrachten Argumenten Stellung und begründet seine Ablehnung einer Antragsüberweisung.

Der GO-Antrag des Stadtrates Schwenke – Überweisung des Antrages A0017/06 in den Ausschuss KRB – wird bei 2 Enthaltungen und vielen Ja-Stimmen mehrheitlich **abgelehnt**.

Der Stadtrat beschließt bei vielen Enthaltungen und einigen Ja-Stimmen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 897-29(IV)06

Der Antrag A0017/06 der Fraktion future! - die jugendpartei

Der Stadtrat möge beschließen:

- Die Verwaltung wird beauftragt, eine Drucksache zu erarbeiten, die die Benennung des derzeit namenlosen Stadionvorplatzes in „Heinz-Krügel-Platz“ beinhaltet.
- Die Platzbenennung soll feierlich im Rahmen des 85. Geburtstages von Heinz Krügel ablaufen.
- Der Platzname soll Anschrift des entstehenden Magdeburger Stadions werden.
- Die Drucksache wird in der Aprilsitzung des Stadtrates zum Beschluss vorgelegt.

wird **abgelehnt**.

8.21. Kennzeichnung des Rauchverbots in den Rathaus-Toiletten A0018/06

Der Vorsitzende der Fraktion future!- die jugendpartei Stadtrat Stage bringt den Antrag A0018/06 ein.

Die Stadträte Schindehütte, CDU-Fraktion, und Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begründen umfassend eine Ablehnung des Antrages A0018/06.

Der Vorsitzende der Fraktion future! - die jugendpartei Stadtrat Stage nimmt zu den vorgebrachten Ausführungen Stellung und begründet nochmals umfassend den Antrag A0018/06.

Der Stadtrat beschließt bei vielen Enthaltungen und einigen Ja-Stimmen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 898-29(IV)06

Der Antrag A0018/06 der Fraktion future! - die jugendpartei

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in den Toiletten des Alten Rathauses sämtliche Aschenbecher abzumontieren und deutlich zu kennzeichnen, dass es ein Rauchverbot gibt.

wird **abgelehnt**.

8.22. Änderungen der Haltestellenbezeichnungen - I0359/05

A0021/06

Der Vorsitzende der Fraktion future! - die jugendpartei Stadtrat Stage bringt den Antrag A0021/06 ein.

Das Abstimmungsergebnis (bei einigen Enthaltungen und vielen Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt) wird von Stadtrat Sven Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, angezweifelt und die Abstimmung wiederholt.

Das erneute Abstimmungsergebnis (20 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen) wird von Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, ebenfalls angezweifelt und eine erneute Abstimmung vorgenommen.

Der Stadtrat beschließt mit 20 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 899-29(IV)06

Der Antrag A0021/06 der Fraktion future! - die jugendpartei

Der Stadtrat beschließt:

Folgende von der Verwaltung in der Information I0359/05 vorgeschlagenen Änderungen der Haltestellenbezeichnungen werden **NICHT** umgesetzt:

1. Die Umbenennung von „Dr.-Eisenbart-Ring“ in „Zentrum für Heilberufe“
2. Die Umbenennung von „Jakobstraße“ in „Sankt Petri“

wird **abgelehnt**.

8.23. Anwendung des Virtuellen Stadtmodells

A0022/06

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0022/06 umfassend ein.

Der Stadtrat beschließt bei 1 Nein-Stimme mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 900-29(IVI)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Kunstwerk „POINTS OF VIEW“ - Entwurf von Anthony Cragg - mit Hilfe des vorhandenen Virtuellen Stadtmodells zu visualisieren und Stadtrat und Verwaltung vorzustellen.

Ein Termin für eine solche Vorstellung ist vor der Entscheidung des Stadtrates im März 2006 anzuvisieren.

8.24. Ergebnisorientierte Ausrichtung der kommunalen
Wirtschaftsförderung in der Landeshauptstadt MD

A0024/06

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning bringt umfassend den Antrag A0024/06 und den GO-Antrag – Überweisung in die Ausschüsse RWB und VW – ein.

Zum Antrag A0024/06 liegt der Änderungsantrag A0024/06/1 der FDP-Fraktion vor.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal ergänzt den GO-Antrag auf Überweisung um den Ausschuss FG als Lenkungsausschuss.

Der Oberbürgermeister kündigt an, zu dieser Thematik für die Sitzung des Stadtrates im März eine aktuelle Debatte zu beantragen.

Gemäß ergänztem GO-Antrag des Stadtrates Brüning, Fraktion Die Linkspartei.PDS, beschließt der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0024/06 der Fraktion Die Linkspartei.PDS sowie der Änderungsantrag A0024/06/1 der FDP-Fraktion werden in die Ausschüsse RWB, VW und FG überwiesen.

WV: SR-Sitzung 04. 05. 2006

8.25. Rathausführungen

A0025/06

Stadtrat Heendorf, CDU-Fraktion, bringt den Antrag A0025/06 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt zum eingebrachten Antrag Stellung und führt aus, dass für diese beantragten Führungen kein städtisches Personal zur Verfügung steht. Auf Grund einer Vereinbarung mit der MMKT sollen Führungen von Stadtführerinnen/-führer vorgenommen werden.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal sieht in der vorgesehenen Beauftragung des Oberbürgermeisters einen Haushaltsantrag und legt dar, dass der Antrag in der vorgelegten Fassung abgelehnt werden muss.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, spricht sich für eine Annahme des Antrages aus und empfiehlt eine Überweisung in den Ausschuss K.

Stadtrat Heendorf, CDU-Fraktion, macht nochmals Ausführungen zum Hintergrund des Antrages.

Im Ergebnis der Diskussion und der Ausführungen des Oberbürgermeisters wird der Antrag von Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, **zurückgezogen**.

8.26. Kinderkulturfestival

A0026/06

Zum Antrag A0024/06 liegt der Änderungsantrag A0024/06/1 der SPD-Fraktion ein.

Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, bringt den Antrag A0026/06 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0026/06 in die Ausschüsse K, FG und FuG – ein und nimmt Stellung zum Änderungsantrag A0026/06/1 der SPD-Fraktion.

Gemäß GO-Antrag der Stadträtin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, beschließt der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0026/06 sowie der Änderungsantrag A0026/06/1 werden in die Ausschüsse K, FG und FuG überwiesen.

WV: SR-Sitzung 01. 06. 2006

8.27. Überdachung "Tastmodell" Magdeburger Innenstadt A0238/05
Kulturausschuss

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bringt den Antrag A0238/05 ein.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr spricht sich für eine Ablehnung des Antrages aus und begründet seine Position.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0238/05 in den Ausschuss StBV – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Schwenke, CDU-Fraktion, beschließt der Stadtrat bei einigen Enthaltungen und einigen Nein-Stimmen mehrheitlich:

Der Antrag A0238/05 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

WV: SR-Sitzung 06. 04. 2006

8.28. Prävention gegen Kindsmisshandlung A0023/06

Der Vorsitzende der Fraktion BfM/Tierschutz Stadtrat Dr. Kutschmann bringt den Antrag A0023/06 und den GO-Antrag – Überweisung in den Ausschuss KRB – ein.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge ergänzt den GO-Antrag um den Ausschuss GeSo.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal spricht sich gegen den Überweisungsantrag aus und legt dar, dass es sich hier zunächst um einen Prüfauftrag handelt, in dessen Ergebnis in den Ausschüssen diskutiert werden sollte. Er verweist auf eine redaktionelle Änderung im Antragstext:

Die letzten Zeile des Antragstextes ist wie folgt zu ergänzen:

.... Personen (z.B. Hebammen) auf kommunaler Ebene zur Pflicht gemacht **werden kann**.

Stadtrat Bischoff, SPD-Fraktion, unterstützt den Überweisungsantrag in die benannten Ausschüsse.

Gemäß ergänztem GO-Antrag des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion BfM/Tierschutz beschließt der Stadtrat bei einigen Enthaltungen und einigen Nein-Stimmen mehrheitlich:

Der Antrag A0023/06 wird in die Ausschüsse KRB und GeSo überwiesen.

WV: SR-Sitzung 04. 05. 2006

8.29. Änderung der Geschäftsordnung

A0027/06

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 901-29(IV)06

Die Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse (Stand 01.09.2005 wird in § 16 Rede- und Teilnahmerecht im Absatz 1 wie folgt neu gefasst:

- (1) Das Recht, an den nichtöffentlichen Sitzungen teilzunehmen, haben neben den Mitgliedern des Stadtrates, dem Oberbürgermeister, den Beigeordneten, den Ortsbürgermeistern und den Beauftragten auch die Bediensteten der Stadt in Vertretung oder im Auftrag des Oberbürgermeisters oder der Beigeordneten, die Bediensteten, die mit dem Sitzungsdienst beauftragt sind, die Fraktionsgeschäftsführer, **die Fraktionsassistenten** und aufgrund Geschäftsordnungsbeschlusses die Sachverständigen. Auf die Fraktionsgeschäftsführer **und die Fraktionsassistenten** finden die Vorschriften über die Verschwiegenheit entsprechend Anwendung.

8.30. Friedhofsordnung des Westfriedhofes

A0029/06

Es liegt ein Änderungsantrag A0029/06/1 – Interfraktionell – vor.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning bringt den Antrag A0029/06 umfassend ein und bittet um Beschlussfassung des Antrages in ungeänderter Form.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr bringt den Änderungsantrag A0029/06/1 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0029/06 sowie des Änderungsantrages A0029/06/1 in die Ausschüsse KRB, VW und BA SFM - ein.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen argumentiert gegen den Überweisungsantrag.

Der GO-Antrag des Stadtrates Löhr – Überweisung des Antrages A0029/06 sowie des Änderungsantrages A0029/06/1 in die Ausschüsse KRB, VW und BA SFM – wird vom Stadtrat bei einigen Enthaltungen und einigen Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt umfassend zum Änderungsantrag A0029/06/1 Stellung und begründet die Intention der einbringenden Fraktionen.

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, macht ergänzende Ausführungen zur Begründung des Antrages A0029/06 und bittet um Beschlussfassung hierzu.

Im Rahmen der umfänglichen Diskussion sprechen sich Vertreter der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion für eine Beschlussfassung zum Änderungsantrag A0029/06/1 aus.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz gibt Erläuterungen hinsichtlich bestehender Möglichkeiten zur Änderung der Friedhofsordnung. Er gibt die Empfehlung, zur Erreichung der Rechtssicherheit und einer praktikablen Umsetzung die Thematik in Ausschüssen zu besprechen.

Gemäß Änderungsantrag A0029/06/1 – Interfraktionell – beschließt der Stadtrat bei 2 Enthaltungen und vielen Nein-Stimmen mehrheitlich:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, dass die Würde der Opfer aller Diktaturen, die auf dem Westfriedhof ihre letzte Ruhestätte gefunden haben, künftig nicht mehr durch Gedenkveranstaltungen politisch Radikaler verletzt werden kann.

Im Rahmen dieser Prüfung soll untersucht werden, ob gegebenenfalls durch Festlegungen in der Friedhofsordnung des Westfriedhofes das Hausrecht des kommunalen Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg gestärkt und durchgesetzt werden kann.

Gepprüft werden sollte außerdem, ob durch das veränderte Versammlungsrecht die Möglichkeit besteht, dass durch den Landesgesetzgeber eine „Bannmeile“ im Sinne des § 15 Abs.2 des Gesetzes über Versammlungen und Aufzüge erlassen werden könnte. Gegebenenfalls sind entsprechende Verhandlungen mit der Landesregierung zu führen.

Das Prüfungsergebnis wird zur Beratung in den Betriebsausschuss SFM, in den Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und in den Verwaltungsausschuss überwiesen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig den antrag A0029/06 in der Fassung des Änderungsantrages A0029/06/1:

Beschluss-Nr. 902-29(IV)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, dass die Würde der Opfer aller Diktaturen, die auf dem Westfriedhof ihre letzte Ruhestätte gefunden haben, künftig nicht mehr durch Gedenkveranstaltungen politisch Radikaler verletzt werden kann.

Im Rahmen dieser Prüfung soll untersucht werden, ob gegebenenfalls durch Festlegungen in der Friedhofsordnung des Westfriedhofes das Hausrecht des kommunalen Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg gestärkt und durchgesetzt werden kann.

Geprüft werden sollte außerdem, ob durch das veränderte Versammlungsrecht die Möglichkeit besteht, dass durch den Landesgesetzgeber eine „Bannmeile“ im Sinne des § 15 Abs.2 des Gesetzes über Versammlungen und Aufzüge erlassen werden könnte. Gegebenenfalls sind entsprechende Verhandlungen mit der Landesregierung zu führen.

Das Prüfungsergebnis wird zur Beratung in den Betriebsausschuss SFM, in den Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und in den Verwaltungsausschuss überwiesen.

8.31. Jerichower Platz

A0031/06

Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, bringt den Antrag A0031/06 als Vorsitzende des Kulturausschusses ein.

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch nimmt umfassend zum eingebrachten Antrag Stellung und informiert über das Ergebnis der Beratung zu dieser Thematik im Kulturausschuss. Unter Bezugnahme auf den Änderungsantrag DS0464/05/49 verweist er insbesondere auf bereits geführte Gespräche mit der in Gründung befindlichen gGmbH. Seitens der Verwaltung ist vorgesehen eine entsprechende Beschlussvorlage zu erarbeiten, um den zukünftigen Mietern eine mittelfristige Perspektive bieten zu können.

Im Rahmen der umfänglichen Diskussion verweist Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, auf die Zuständigkeit des Ausschusses FG zu dieser Thematik und bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0031/06 in die Ausschüsse FG und VW – ein.

Stadtrat Heendorf, CDU-Fraktion, ergänzt, dass die Befassung mit dieser Thematik auch im Ausschuss RWB erfolgen sollte.

Bezugnehmend auf die Laufzeitzeit des vorliegenden Leihvertrages bittet der Oberbürgermeister um die Beschlussfassung des Stadtrat für einen mehrjährigen Vertrag, damit eine wirtschaftliche Betreuung des Objektes gesichert werden kann.

Die Vorsitzende des Kulturausschusses Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, informiert über die Auffassung des Ausschusses, dass eine Behandlung der Thematik im Ausschuss entbehrlich sei, da für diese Maßnahme keine Zuschüsse zu erwarten sind.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal sowie der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr argumentieren gegen den Überweisungsantrag.

Der GO-Antrag des Stadtrates Schindehütte, CDU-Fraktion, - Überweisung des Antrages A0031/06 in die Ausschüsse FG und VW – wird vom Stadtrat bei vielen Enthaltungen und vielen Ja-Stimmen mehrheitlich **abgelehnt**.

In der weiteren Diskussion spricht sich Stadtrat Seifert, CDU-Fraktion, für die Beschlussfassung zum Antrag aus und verweist darauf, dass entsprechend der Förderbedingungen die Ersatzspielstätte bis zum Jahr 2013 genutzt werden muss.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, bringt seine Besorgnis zum Ausdruck, dass mit Abschluss des vorliegenden Leihvertrages eine jahrelange Bindung erfolgt, ohne das in den zuständigen Ausschüssen darüber diskutiert wurde. Wenn jedoch die vertraglichen Regelungen rechtlich unbedenklich sind, sieht er keinen Grund, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Abschließend geht der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch auf einzelne Punkte der Diskussion zum Leihvertrag ein und macht erklärende Ausführungen.

Der Stadtrat beschließt bei vielen Enthaltungen und vielen Nein-Stimmen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 903-29(IV)06

Die dargelegten Zielstellungen der Information 0021/06 (Ersatzspielstätte Jerichower Platz – Nachnutzung) werden ausdrücklich bestätigt.

Der Herr Oberbürgermeister wird beauftragt, umgehend nach der notariell beglaubigten Gründung, der in der Anlage zur Information vorgestellten gGmbH, den vorliegenden Leihvertrag zu schließen.

9. Informationsvorlagen

Die schriftlich vorgelegten Informationen unter TOP 9.1 – 9.8 werden zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jens Ansorge
Vorsitzende/r

Behne
Schriftführer/in

Anwesend:

Abwesend

Balzer, Falko
Bork, Jana
Grünert, Gerald
Hein, Rosemarie Dr.
Heynemann, Bernd
Hildebrand, Jürgen Dr.
Kilian, Thomas
Lischka, Burkhard
Salzborn, Hubert
Stern, Reinhard
Wähnelt, Wolfgang

Vorsitzende/r

Ansorge, Jens

Mitglieder des Gremiums

Altmann, Martin
Bischoff, Norbert
Bromberg, Hans-Dieter
Brüning, Hans-Werner
Canehl, Jürgen
Czogalla, Olaf
Danicke, Martin
Franke, Holger
Frömert, Regina
Giefers, Thorsten
Gripinski, Axel
Heendorf, Michael
Heinemann, Klaus
Heinl, Gerhard
Herbst, Sören Ulrich
Hoffmann, Martin
Huhn, Dagmar
Klein, Carsten
Krause, Bernd
Kriese, Birgit
Kutschmann, Klaus Dr.
Löhr, Rainer
Meinecke, Karin
Meinecke, Sven
Meinecke, Walter
Müller, Oliver
Paqué, Sabine
Reichel, Gerhard Dr.
Reppin, Bernd
Rink, Johannes
Schindehütte, Gunter
Schmicker, Wolfgang

Schmidt, Kurt Dr.
Schoenberner, Hilmar
Schuster, Frank
Schwenke, Wigbert
Seifert, Eberhard
Siedentopf, Uta
Stage, Michael
Trümper, Lutz Dr.
Veil, Thomas
Westphal, Alfred
Wübbenhorst, Beate
Zentgraf, Hans-Jürgen
Zimmer, Gerd Dr.
Geschäftsführung
Ignatuschtschenko, Anne Dr.
Luther, Silke